



Liselotte Funke

Gesellschaftliche und psychosoziale Aspekte der Migration in der Bundesrepublik Deutschland

Liselotte Funke
Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen

Ich freue mich, daß die Veranstalter die Frage Migration und psychische Gesundheit aufgegriffen haben und fortsetzen. Die Frage ist aktuell und, wie wir in dem eindrucksvollen Referat gerade gehört haben, dringend. So hoffe ich, daß uns die Ergebnisse dieser dreitägigen Tagung ein Stück weiterbringen.

Gesundheit ist ein ganz individuelles Thema, es gibt keine kollektive Gesundheit, sondern nur die des Einzelnen, deswegen spielen quantitative Gesichtspunkte eine weniger große Rolle. Lassen Sie mich trotzdem ein paar Zahlen nennen – Herr Buschfort hat eben schon einige genannt – die das Umfeld beschreiben, unter denen 4,3 Mio. Ausländer unter uns leben. Darunter sind etwa ein Drittel Frauen und etwa eine Mio. Jugendliche unter 16 Jahren, von denen rund zwei Drittel bereits in Deutschland geboren sind. Von den Erwachsenen lebt nur ein kleiner Teil allein hier, die meisten haben ihre Familie bei sich. Die Ausländer unterscheiden sich nach ihrer nationalen Herkunft, nach dem Grund der Einwanderung und nicht zuletzt in ihren Zukunftsperspektiven, d. h. in der Vorstellung, ob sie hierbleiben oder in ihr Heimatland zurückkehren wollen oder müssen. Eine wesentliche Unterscheidung für die Fragestellung, um die es hier geht, ist sicherlich, ob es sich um die erste oder um die zweite oder dritte Ausländergeneration handelt.

Die erste Generation, insbesondere von den ausländischen Arbeitnehmern, die ab 1955 durch Anwerbung der Arbeitsverwaltung in unser Land gekommen sind, und ihre Familien stammen aus ländlichen Bezirken und zugleich aus wirtschaftsschwachen Regionen, nämlich Nordgriechenland, Süditalien, Westspanien, Nordportugal, Anatolien und unterentwickelten Gebieten Jugoslawiens. Da sie dort keine Zukunfts-Chancen sahen, sind sie den Werbern nicht nur nach Deutschland, sondern in fast alle west- und nordeuropäischen Länder gefolgt.

Für die ländliche Bevölkerung bedeutete die Einreise eine gewaltige Umstellung. Aus einem Leben in der Großfamilie mit bekannter Nachbarschaft, in Naturnähe, in Einzelhäusern, in denen man sich verhalten kann wie man will, in festen Bindungen und geprägten Traditionen, kamen sie in die steinerne Umwelt unserer Großstädte, in Hochhäuser mit enger Nachbarschaft, in viel zu kleine Wohnungen, naturfern. Sie finden eine Anonymität und Beziehungslosigkeit vor, unter denen sie besonders leiden, eine kollektive Kälte, auf die sie nicht vorbereitet waren. Sie sollen Ordnungen und Gesetzen folgen, die sie nicht kennen, und mit den Sprachschwierigkeiten und dem fremden Aussehen erleben sie, daß sie nicht angenommen werden.

Zuerst kamen die angeworbenen Arbeitnehmer allein, Männer oder Frauen. Sie wohnten in Betriebsunterkünften und träumten von der Rückkehr in die Heimat. Sie waren ja auch nur auf Zeit angeworben mit befristeter Aufenthaltserlaubnis. Aber es hat sich sehr schnell ergeben, und zwar in allen westlichen Ländern, daß die Aufenthaltserlaubnisse immer wieder verlängert wurden. Alle Beteiligten waren damit einverstanden. Die Arbeitnehmer, die die guten Verdienstmöglichkeiten weiter nutzen wollten, die Arbeitgeber, die die inzwischen eingelebten und eingearbeiteten Arbeitskräfte behalten wollten, die Gewerkschaften, die sich sehr nachdrücklich für ihre Kollegen einsetzten, und die Arbeitsverwaltung hat alles voll unterschrieben, so daß unbemerkt sich mit der wiederholten Verlängerung der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse ein Daueraufenthalt ergab und daraus zwangsläufig der Familiennachzug und die Geburt ausländischer Kinder in unserem Land.

Diese Entwicklung – Herr Buschfort hat es angedeutet – ist von den politischen Instanzen kaum wahrgenommen worden. Natürlich haben sich die jeweils verantwortlichen Ressorts, wie der Innenminister mit der Aufenthaltserlaubnis, der Arbeitsminister mit Fragen aus dem Arbeits- und Sozialbereich befaßt, die Schulverwaltung in den einzelnen Bundesländern oder die Gemeinden mit den jeweils anfallenden Wohnungs- und sonstigen Fragen, aber eine systematische Reflektion über alles das, was mit der Einwanderung von Menschen verbunden ist, mit ihrer Herauslösung aus dem angestammten Bereich und dem Leben in der Fremde ohne Wurzeln, ist kaum durchgearbeitet worden; und so müssen wir meinem Vorgänger Heinz Kühn sehr dankbar sein, daß er in seinem Bericht von 1979 als erster im politischen Raum die Fragen der Ausländerbeschäftigung zusammenhängend aufgearbeitet und der Öffentlichkeit dargebracht hat. Leider haben seine Erkenntnisse keine nennenswerten Verbesserungen für die ausländischen Familien gebracht, weil sich – ausgelöst durch die Asylproblematik – eine Abwehrhaltung gegen Ausländer in der Öffentlichkeit und in der Politik entwickelte.

Als eine der wichtigsten Fragen erscheint es mir, die Unsicherheit über den Aufenthalt zu beseitigen. Diese Unsicherheit liegt z. T. im ausländischen Arbeitnehmer selbst, weil er ja nicht Auswanderer im klassischen Sinne ist, sondern Wanderarbeiter, der sich die Rückkehr jederzeit vorbehält und erst allmählich merkt, daß diese Rückkehr immer schwieriger wird. Da ist die Frage, kann man überhaupt in der Heimat Arbeit finden, denn man ist ja ausgewandert aus Gegenden, die zu wenig Arbeitsplätze hatten; wie ist es mit den verwandtschaftlichen Bindungen, sie sind gelockert und die Wertvorstellungen haben sich gewandelt. Man merkt es schon bei Ferienbesuchen, daß man eigentlich nicht mehr richtig dazugehört, und die Kinder kennen die Heimat der Eltern zwar aus vielen Berichten, auch sicherlich vergoldeten Berichten, aber doch nicht so, daß sie sich ohne weiteres dort zurechtfinden könnten. Darum ist die eigene Entscheidung über Rückkehr oder Verbleib so ungeheuer wichtig.

In den letzten Jahren sind bei der Diskussion um evtl. Änderungen im Ausländerrecht viele Familien verunsichert worden. Nur wenige hatten die Aufenthaltsberechtigung, die meisten allenfalls eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder nur eine befristete, obwohl der Anwerbeposten zwölf Jahre zurückliegt und damit ja der größte Teil der ausländischen Arbeitnehmer, ich würde sagen sicherlich 80%, mindestens mit *einem* Familienmitglied bereits zehn Jahre und viel länger in unserem Lande lebt. Dennoch haben die meisten nur einen ungewissen Aufenthaltsstatus, und wenn es dann heißt, daß eine längere Arbeitslosigkeit oder der Bezug von Sozialhilfe zur Beendigung des Aufenthalts führen kann, dann ist natürlich die Angst dieser Menschen verständlich, daß man über sie verfügt, daß sie auch bei unverschuldeten Vorkommnissen in ein ihnen fremd gewordenes Land zurückversetzt werden, zusammen mit ihren Kindern, die ganz andere Einstellungen und Pläne haben.

Dazu kommt die Uneinheitlichkeit unserer Bestimmungen im Ausländerrecht. Sie wissen, daß der größte Teil der Bestimmungen nicht im Ausländergesetz steht, sondern daß sie sich anlehnen an die allgemeine Formulierung »Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt«. Damit ist der Spielraum für Entscheidungen sehr groß. Die Ermessensspielräume sind in der Vergangenheit relativ großzügig ausgenutzt worden, aber in immer stärkerem Maße hat die Diskussion über die Ausländer zu internen Ländererlassen oder Länderbestimmungen, Verfügungen und Richtlinien geführt, die die Ausländerämter in ihrem Entscheidungsspielraum einengen und unsicher machen, wenn sie zwischen dem Schicksal eines Antragstellers und der Verfügung, an die sie sich gebunden fühlen, eine Entscheidung treffen müssen. Ich denke daher, daß denjenigen, die längere Zeit hier leben, die Sicherheit der Aufenthaltsberechtigung erhalten sollten, und zwar ohne die erschwerenden Bedingungen, die heute gefordert werden, wie ausreichende Sprachkenntnisse, ausreichende Wohnung und in manchen Ländern ein Gesundheitszeugnis. Welcher Arbeitnehmer ist schon nach 15 Jahren schwerer Arbeit so gesund, daß er nicht Sorge hätte, an diesem Gesundheitszeugnis zu scheitern und dann nachher weniger zu haben als er mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis hat.

Aber wenn Schicksalsschläge kommen und Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß, erfährt man, daß selbst eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zurückgestuft werden kann und eines Tages der Aufenthalt beendet wird. Deshalb brauchen wir die Verfestigung des Aufenthalts ohne erschwerende Bedingungen, und wir brauchen auch für die Familienangehörigen, die nachgekommen sind, nach einem gewissen Aufenthalt die eigenständige Aufenthaltserlaubnis. Denn Familienschicksale, wie der Tod des Vaters

oder Trennung oder Scheidung kommen im Leben vor, oder die Eltern wollen zurückkehren, während die hier aufgewachsenen, halb erwachsenen Kinder bleiben wollen, und auch nach der Entscheidung der Eltern hierbleiben dürften. Nach unseren derzeitigen Bestimmungen ist es nicht sicher, daß die Aufenthaltserlaubnis in diesen Fällen länger erteilt wird, weil es ja nicht mehr eine Familienzusammenführung ist. Hier brauchen wir endlich gesetzliche Bestimmungen, die den Aufenthaltsstatus der lange Zeit unter uns lebenden ausländischen Familien sichern.

Zu den psychologischen Belastungen der ausländischen Familie kommt die Haltung der Gesellschaft. Hier hat uns gerade das Buch von Günter Wallraff den Spiegel vorgehalten. Nicht nur Arbeitskollegen gehen nicht selten rüde mit den »anderen« um, die Gesellschaft insgesamt reagiert auf Ausländer in der Nachbarschaft oder in der Gesellschaft vielfach ablehnend oder teilnahmslos.

Dieses totale Nonverhältnis, dieses beabsichtigte oder unbeabsichtigte Übersehen, daß Nicht-zur-Kennntnis-nehmen derer »da unten«, ist für viele Ausländer eine besonders bedrückende Situation. Jeder von uns, der einmal in Mittelmeerländer gereist ist, weiß, daß dort der Fremde, der Gast, in ganz besonderem Maße willkommenegeheiß und zuvorkommend bewirtet wird, auch wenn der Gastgeber selbst nicht viel hat, daß man sich um ihn kümmert, daß man für ihn Zeit hat und ihn wie es schon in der Bibel steht, aufnimmt und beherbergt. Deshalb empfinden die Ausländer das Verhalten in unserem Land als besonders kalt und abweisend, auch wenn wir es nicht feindselig oder abweisend meinen.

Diese Haltung und die Angst sind für viele Ausländer eine physische und psychische Belastung. Hierzu kommt, daß die erste Generation, besonders im Anfang, sich weit über die Arbeitszeit hinaus körperlich angestrengt oder unter ungünstigen Arbeitsbedingungen gearbeitet hat und nun vielfach körperlich und seelisch angeschlagen ist, so daß sie immer weniger schwere Arbeiten durchführen kann und leichtere nicht findet. Das führt wiederum zu der Angst, auf längere Zeit oder auf Dauer arbeitslos zu sein und schließlich abgeschoben zu werden. Günter Wallraff weist in seinem Buch darauf hin, daß Ausländer, auch wenn sie sich direkt oder indirekt angegriffen oder ungerecht behandelt fühlen, sich oft nicht wehren, aus Angst, dann andere Nachteile zu haben.

Doch kein Mensch kann sich ständig in seiner Ehre oder in seinem Persönlichkeitsbild angreifen lassen, es gibt dann irgendwann eine Entladung, nicht selten zu Hause, weil es da ungestraft möglich ist. Darunter leidet dann die ganze Familie. Hinzu kommen die ungünstigen Wohnverhältnisse, und schließlich die ungewohnte Ernährung, weil man nicht alle notwendigen Dinge bekommt, oder weil heimische Gerichte mit Gerüchen verbunden sind, die die Umwelt stören, oder weil die erwerbstätige Ehefrau einfach die notwendige Zeit zur Zubereitung nicht aufbringt. Schließlich und endlich kommen für die erste Generation die Probleme mit den Kindern. Kinder, die in einer anderen Umwelt aufwachsen und die in der Spannung zwischen heimischer Kultur und Weisung des Elternhauses einerseits und den Anforderungen von Schule und Umwelt nicht zurechtkommen und versuchen, irgendwo dazwischen ihren Weg zu finden.

Und damit bin ich bei der zweiten Generation. Ich sagte schon, 65% der hier lebenden jungen Menschen unter 16 Jahren sind bereits in Deutschland geboren. Sie brauchen die Umstellung vom Land in die Stadt nicht mehr zu vollziehen, aber sie leben in jener Spannung, die man etwas verkürzt mit der Formulierung ausdrückt, »morgens in Deutschland, nachmittags in Anatolien, Kalabrien oder Asturien«. Die Eltern wünschen die Identität zu erhalten. Viele ausländische Mütter, wenn sie nicht berufstätig sind, lehnen es anfänglich fast instinktiv ab, deutsch zu lernen, einfach um sicherzustellen, daß wenigstens in ihren vier Wänden die Heimat erhalten bleibt. Kultur, Lebensgewohnheiten, Religion, das alles hängt mit der Sprache zusammen, und da sie das alles erhalten wollen, bringen sie die Familie dazu, im Hause die heimischen Sitten und Lebensordnungen mit der Sprache beizubehalten.

Das führt dazu, daß die Kinder in dem Konflikt zwischen drinnen und draußen leben, und das verstärkt mit zunehmenden Alter der Kinder den Generationskonflikt bis zum inneren und äußeren Bruch.

Hinzu kommt, daß Eltern, denen es nicht gelingt, in unserem Land auf der sozialen Stufenleiter weiterzukommen, den entsprechenden Ehrgeiz für ihre Kinder entwickeln. Sie sollen es einmal besser haben, und deshalb sind sie an dem Schulerfolg, mindestens der Söhne, sehr interessiert. Aber wie sollen Kinder den Schulanforderungen gerecht werden, wenn sie sich mit den vielen bestehenden Schwierigkeiten herumschlagen müs-

sen: der fremden Sprache, dem völligen Fehlen von Hilfe bei den Schularbeiten durch das Elternhaus, der Zusatzbelastung durch den muttersprachlichen Unterricht und der Koranschule, der Betreuung jüngerer Geschwister und schließlich noch mit ihrer Außenseiterrolle. Das ist sehr schwer, und wenn dann trotzdem der Schulabschluß geschafft wird, ja was dann? Dann haben sie keinen Ausbildungsplatz, dann werden Deutsche bevorzugt und dann kommt eben jene Perspektivlosigkeit, von der manche Leute sagen: Erst kommen sie so spät und schaffen daher die Schule nicht, dann haben sie keine Ausbildung und können eigentlich nichts anderes werden als kriminell. Diese schreckliche »Beweiskette« ist nicht nur menschlich unerträglich, sondern sie ist auch falsch. Denn wenn man die Jugendkriminalität junger Ausländer untersucht, stellt man fest, daß die Mehrzahl der Tatverdächtigen eben nicht diejenigen sind, die mit zwölf oder 14 Jahren geholt worden sind und dann keine »Perspektive« mehr haben, sondern es sind gerade die Kinder, die in der Schule sozusagen gleichberechtigt erzogen, ausgebildet und unterrichtet wurden, und plötzlich mit 16 Jahren spüren, daß sie trotz hinreichendem Schulabschluß nicht die gleichen Chancen haben wie Deutsche.

Das alles gehört zu der Befindlichkeit vieler ausländischer Mitbürger unserer Gesellschaft. Sie wird noch zusätzlich belastet durch politische Reden, in denen immer nur gefordert wird, daß ihre Zahl weniger werden müßte, dagegen viel zu wenig auf ihre schwierige Situation, auf ihre Leistungen und auf ihre Probleme eingegangen wird. Ich denke daher, in vier Bereichen müßte neben der rein medizinischen Befassung mit den physischen und psychischen Schäden der einzelnen Ausländer in Politik und Gesellschaft einiges geändert werden:

1. Wir müssen in der politischen und administrativen Behandlung der Ausländer andere Maßstäbe setzen. Die ausländischen Arbeitnehmer sollten, wenn sie hier lange Zeit gelebt und gearbeitet haben, den Deutschen in etwa rechtlich gleichgestellt werden, damit sie die Sicherheit haben, über sich und ihre Kinder selbst zu entscheiden. Ich bin froh, daß endlich der Vorschlag, Kinder nur noch bis zu sechs Jahren zu ihren Eltern einreisen zu lassen, vom Tisch ist. Ich denke für immer, denn diese familienfeindliche Forderung hat eine ungeheuere Unsicherheit ausgelöst, weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus. Doch deshalb ist die Sicherheit der Familie und die politische Ausgangslage noch keineswegs optimal. Da muß noch viel geschehen.
2. Wir müssen in der Tat die Beratungen verbessern, und zwar die Beratungen im sozialen Bereich sowie die Erziehungs-, Ehe- und Familienberatung. Dazu müßte entsprechend Geld zur Verfügung stehen. Denn die Vorstellung, daß man jetzt allmählich die gezielte Ausländerberatung auslaufen lassen könnte, da die Ausländer ja nun schon lange da sind, ist eine Feststellung, die eigentlich nur jemand treffen kann, der außer Zahlen kaum etwas von der wirklichen Problematik kennt.
3. Die Schule sollte in Pädagogik und Lehrplan dazu beitragen, daß die ausländischen Kinder nicht nur nach den deutschen Maßstäben erzogen und unterrichtet werden. Es sollte mehr als bisher, sei es im muttersprachlichen Unterricht, der von der Schulverwaltung gestellt werden sollte, sei es in der freien Wahl der Muttersprache anstelle einer anderen Fremdsprache, aber auch im allgemeinen Unterricht von Heimat, Kultur, Religion und Tradition den Kindern vermittelt werden, damit ein Kind mehr von seiner Heimat erfährt und besser einordnen kann, warum Eltern sich ihm gegenüber so verhalten, wie sie es tun.
4. Entscheidend aber ist der Umgang unserer Gesellschaft mit den ausländischen Familien, ob ausländische Arbeitnehmer, Flüchtlinge oder Vertriebene. Sie haben, so meine ich, Anspruch darauf, in einem humanen und christlichen Land so behandelt zu werden, wie man als Mensch und Mitbürger selbst behandelt zu werden wünscht.



Dr. Thomas Bock

Entwurzelung und Leben in der Fremde

Prof. Dr. Jan Gross

Ärztlicher Direktor am Universitätskrankenhaus / Psychiatrie Eppendorf-Hamburg

Dr. Thomas Bock

Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

(Vorgetragen von Dr. Bock)

Seit Beginn der Menschengeschichte gibt es Migration. Sie ist ein zutiefst kulturprägendes Ereignis, – man denke nur an die Völkerwanderungen und ihre kulturhistorische Bedeutung. Und Migration steht oft im Zusammenhang mit direkter oder indirekter Gewalt, – man denke nur an die Kreuzzüge oder an die diversen Flüchtlingsbewegungen vor, während und nach Kriegen.

Beide Aspekte gelten im Grundsatz auch für die aktuelle Situation der Bundesrepublik: Migration beeinflusst unsere Kultur, ob wir uns dessen bewußt sind oder nicht. Und sie hat oft in Gewalt ihren Ausgangspunkt – und sei es auch nur in Gestalt unzureichender Lebensbedingungen – und leider immer mehr auch ihren Endpunkt. Denn, daß mit den ökonomischen Veränderungen gewaltsame Reaktionen auf Migranten zunehmen, ist unüberschbar.

Vor einer weiteren Bewertung ist der Begriff der Migration näher zu beleuchten. Es gibt sehr verschiedene Formen, freiwillige und gezwungene Migration sind dabei nicht immer leicht abzugrenzen.

Freiwillig war die Wanderschaft der Handwerksburschen in der Vergangenheit. Freiwillig migrieren heutzutage die Menschen, die eine spezielle Ausbildung anstreben, die sie nur in einem bestimmten Land erhalten können; oder die eine fremde Sprache erlernen wollen. – Freiwillig mag die Migration derer sein, die einen höheren Lebensstandard anstreben oder andere Möglichkeiten für die Entfaltung ihrer künstlerischen Fähigkeiten suchen; oder die größere »ideologische Freiheit« erreichen wollen. Diese Gruppe von Migranten erlebt häufig große Enttäuschungen.

Freiwillig ist es, wenn Spezialisten einer Computer-Firma oder irgendeines Wissenschaftszweiges migrieren, weil ein Teil ihrer Arbeit an spezifische Tätigkeitsbedingungen gebunden ist, welche einmal oder selten auf der Welt vorhanden sind. Und wenn Mitglieder oberer Schichten aus Ländern auswandern, in denen sie um ihr Vermögen fürchten und dorthin gehen, wo sie es für weniger gefährdet halten, wird auch das allgemein als ihre freie Entscheidung angesehen. Manche schicken auch nur ihr Vermögen in ein Wahlland, das nennt man dann Kapitalflucht.

Ganz eindeutig zur gezwungenen Migration gehört als typisches Beispiel der Verbannung Andersdenkender oder der Verbannung für vermeintliche oder reale Straftaten (in eine der beiden Kategorien fällt als berühmtestes »Opfer« z. B. Napoleon). Gezwungene Migration war das Geschäft mit den Sklaven. Gezwungen sind auch die Umsiedlungsaktionen in Südafrika. Zu den gezwungen Migrierenden gehören auch die als Kriegsfolge Vertriebenen und die Abertausende, die der Hunger von einem Land in das andere treibt (Beispiel Afrika – Sahel-Zone).

An der Grenze zwischen freiwilliger und gezwungener Migration kann man diejenigen Menschen finden, die sich retten wollen vor politischer Verfolgung oder vor Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer Rasse, Religion oder nationalen Minderheit. Und auch bei der ganz überwiegenden Zahl derer, die migrieren, um ihre Existenz zu sichern, um Arbeit und Brot zu bekommen, ist deren Schritt zwar freiwillig, denn er entspringt freiem Willen und bewußtem Handeln, ist womöglich aber ohne echte Alternative.

In der Gegenwart findet Migration in allen Industrieländern, vor allem als Folge von Arbeitslosigkeit, statt. Ein internationaler Arbeitsmarkt ist entstanden mit allen Folgen, die damit zusammenhängen: Dabei kommt es häufig zur Ausbeutung migrierender Arbeitnehmer, indem ihre schwache soziale Lage ausgenutzt wird. Ohnehin müssen sie sich mit jeder Form von Arbeit, die ihnen angeboten wird, zufrieden geben. Ungelernte Hilfsarbeit ist die einzige, die in allen möglichen geografischen Teilen der Welt dieselbe ist. Nicht zufällig ist also der größte Teil der Arbeit suchenden Migranten ungelernt und stammt aus den untersten Bevölkerungsschichten (im Gegensatz zu den erwähnten Spezialisten oder den Steuerpflichtigen).

In der Zeit als die Arbeitslosigkeit noch nicht das heutige Ausmaß erreicht hatte, bemerkte man eine Interessenteilung bezüglich der freiwillig arbeitssuchenden Reserve:

die Arbeitnehmer suchten das Land, in welchem sie besserer Lohn erwartete, gleichzeitig stießen sie auf Arbeitgeber, die Billigstarbeitende bevorzugten. – War hier die Konkurrenz schon angelegt, so ist sie mit Zunahme der Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen und Feindseligkeiten gegenüber arbeitssuchenden Ausländern treten immer offener zutage. Noch deutlicher können die Asylanten die gewachsene Ablehnung vor allem an ihrer immer schlechteren rechtlichen Situation ablesen.

Schon nach diesem ersten Überblick wird deutlich, daß die Frage nach den seelischen Folgen von Entwurzelung eine wissenschaftliche und eine politische Dimension hat. Die wissenschaftliche Literatur über dieses Problem ist sehr umfangreich und hat eine lange Geschichte. Die erste Erwähnung findet man nach *Mezey* (1960) schon bei *Hippokrates*; der schrieb, daß so oft Menschen in ein anderes Land geschickt wurden, »eine große Verwirrung immer die Folgeerscheinung sei«. Die eigene wissenschaftliche Literatur fängt aber, wie *Jaspers* (1910) bemerkt, mit dem Jahr 1685 an. In diesem Jahr legte *Hofer* bei Basel sein Werk: »De Nostalgia« vor, dessen Titel schon deutlich macht, daß Entwurzelung oft auch bedeutet, im zeitlichen Sinne stehenzubleiben. Nicht zufällig stammt der größte Teil der neueren Arbeiten aus den USA. Dieses Land war ja im vergangenen Jahrhundert ein »Schmelzkessel« der Nationen und Kulturen als Folge eines breiten Stromes von Einwanderern. *Malzberg* und *Lee* (1956) fanden bei der Auswertung statistischer Angaben über das Vorkommen psychischer Krankheiten in New York in den Jahren 1939–1941, daß dieses Vorkommen bei der einheimischen Bevölkerung niedriger als bei Einwanderern ist. Ihre Feststellung, daß dieser Unterschied bei Frauen auffallender war, ist interessant. Das bestätigt eine ältere Hypothese *Ödegards* (1932), daß sich Frauen viel schwerer als Männer mit der Übersiedlung abfinden, nicht zuletzt deswegen, weil ihnen in dieser Hinsicht keine eigene Entscheidung zugesprochen wird. Meistens folgen sie in das neue Milieu und in die neue Heimat ihren Männern, Verlobten oder Vätern, nur selten entscheiden sie sich selbst zur Emigration.

In diesem Zusammenhang sind auch einige ältere Angaben, welche die Fragen der Sprachkenntnisse behandeln, bedeutsam. So beschreibt *Frost* (1934) klinische Fälle von Geistesstörungen bei deutschen Mädchen, welche in England als Hausgehilfinnen angestellt waren. Die Ursache sah er in der Unkenntnis der Sprache.

Andere Studien belegen, daß sich die Elemente der sozialen Isolation auch bei der Übersiedlung in ein Land mit derselben Sprache äußern (*Ödegard*, 1932). – Die Häufung seelischer Störungen bei Migrantinnen ist auch in bundesdeutschen Studien belegt. *Pflanz* (1962) wies nach, daß vor allem diverse psychosomatische Leiden im Zusammenhang mit der Entwurzelung stehen können. 1975 veröffentlichte er eine Untersuchung, die bei Emigrantinnen häufiger psychische Leiden aufzeigt als bei der Heimatbevölkerung. Eine Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft stellt fest, daß bei 200 untersuchten türkischen Arbeitern drei Monate nach der Emigration 30% seelisch krank waren. Nach 18 Monaten hatte sich ein Teil der anfänglich depressiven Symptome in psychosomatische Beschwerden verändert.

Nach den Zahlen des Landschaftsverbandes Rheinland haben sich die Zugänge von Ausländern, meist mit Schizophrenie – oft auch mit Suchtkrankheiten, zwischen 1979 und 1981 um ein Viertel erhöht (von 969 auf 1230 bzw. von vier auf 4,6%).

Mezey (1960) versucht in einer ausführlichen Übersicht, die Faktoren zu analysieren, deren Kombination dann über das Schicksal bzw. über die psychische Gesundheit des migrierenden Menschen entscheidet. Unter anderem nennt er als individuelle Faktoren Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Sprachkapazität, Intellekt, sozioökonomische Verhältnisse, Persönlichkeitsstruktur und Motivation, die zur Übersiedlung führten.

Weiterhin zählt er auf, die Situationsbedingungen der eigentlichen Migration, die Situationsbedingungen des neuen Ortes, wohin der betreffende Mensch migriert, wie er selbst auf die neuen Ansprüche vorbereitet ist, wie überhaupt die Einstellung der einheimischen Bewohner gegenüber Einwanderern ist und ob im Ort eine nationale Minderheit derselben Nationalität wie die der Einwanderer vorhanden ist.

Ergänzen müßte man die vorgefundenen konkreten politischen Bedingungen, die Bestimmungen der Ausländergesetze und das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und sozialer Not im Zielland.

Ein besonderes Problem bei migrierenden Teilen der Bevölkerung wie auch deren Kindern und Kindeskindern ist der Verlust der eigenen Identität. Die Identität ist eines der wichtigsten Bestandteile des Selbst. Umschrieben könnte man sie als Rückgrat der Per-

sönlichkeit bezeichnen. Ist die Identität gefährdet oder gar verloren, öffnet sich der Weg zur psychischen Störung.

Einer Reihe von gesellschaftspolitischen Interessen ist fehlende Identität eher genehm, denn so können die zu Freiwild gewordenen Migranten besser eingefangen werden, um sie dort einzusetzen, wo ihnen bei minimalem Lohn ein Maximum an Arbeit abverlangt wird. Es ist sodann verständlich, daß migrierende Bevölkerungsgruppen für das Fortbestehen ihrer Identität kämpfen; was wieder zu negativen Reaktionen führen kann, zum Entstehen und Abkapseln einer Randgruppe und letztlich zur Gettoisierung. Als stärkstes Mittel zum Erhalt der ursprünglichen Identität wird von den meisten Migrierenden ein überstarkes Beharren auf Traditionen eingesetzt. Die Tradition wird kultiviert, ausgebaut und als letztes Bindeglied zur Ursprungssituation gepflegt. Mit der Traditionspflege kommen neue Konflikte zustande. Sie stößt auf das Unverständnis der einheimischen Bevölkerung, oft aber auch auf das Unverständnis der zweiten und dritten Migrantengeneration. Im Idealfall findet der Migrierende, der seine Identität verloren hat, eine neue, oder es gelingt ihm eine neue eigene Entwicklung. Dies aber wird erheblich erschwert, weil an der Gettoisierung vor allem der ein Interesse hat, der außerhalb des Gettos lebt und sich ganz gut fühlt im Wissen darum, daß der Migrierende hinter hohen Getto-Mauern eingesperrt ist. Hinzu kommt das Problem der Minoritäten oder der zu Randgruppen degradierten Majoritäten, welche beide die Sündenbockfunktion für alle möglichen Fehler des herrschenden Teiles der Bevölkerung erfüllen.

Was Migrierende in ihren Ursprungsländern meistens zurücklassen müssen, sind zwischenmenschliche Beziehungen, in deren Netz sie mehr oder weniger günstig leben konnten. Ohne Beziehungen kann ein Mensch nicht leben, genau so wenig wie ein Fisch auf trockenem Land. Die Eingangspforte zur psychischen Erkrankung öffnet sich mit dem Verlust von tragenden zwischenmenschlichen Beziehungen.

Ob Identität und soziale Beziehungen verlorengehen, erhalten bleiben oder neu gewonnen werden, ist entscheidend für das seelische Überleben und Wohlergehen des Migranten. Die konkreten Rahmenbedingungen werden bestimmt vom politischen Klima. Daß mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Entwicklung die politische Akzeptanz abgenommen hat, bedarf kaum näherer Erläuterungen. Was das für den einzelnen bedeuten kann, ist unschwer sich klarzumachen: mit Arbeit – als Konkurrent – unerwünscht zu sein, ohne Arbeit aber als Schmarotzer zu gelten, schafft schon eine objektiv wie subjektiv unerträgliche Situation. Wenn diese Zuschreibung dann nicht nur dem einzelnen, sondern der nationalen Gruppe gilt, wird sie nahezu ausweglos.

Die Feindseligkeit, der Ausländer begegnen, ist nicht nur die des Nachbarn oder Kollegen. Es darf nicht verkannt werden, daß eine Veränderung des Ausländerrechtes (z. B. beim Familienzuzug) und einer bestimmten Handhabung der Aufenthaltserlaubnis (z. B. in Abhängigkeit vom Arbeitsplatz) nicht nur die materielle Existenz unmittelbar bedroht, sondern auch das seelische Klima entscheidend bestimmt.

Die Konsequenz der Ablehnung bekommen vor allem die zu spüren, die als Asylanten hierherkommen. Sie machen zwar nur einen kleinen Teil der Ausländer in der Bundesrepublik aus (1983 = 200 000), sind aber von der sich verschlechternden ausländerrechtlichen Situation am ärgsten betroffen. Nicht nur daß die Anerkennung oft eine Frage von politischer Willkür ist. Die Unterbringung in Lagern, die Verteilung nach Quoten – ohne Rücksicht auf etwaige Bindungen – der Ersatz von Sozialhilfe durch Sachleistung und die mögliche Verweigerung von Hilfsleistungen, wenn sie nicht »unumgänglich notwendig« sind (§ 120 BSHG), kennzeichnen eine Situation, die schon an den Rand des Wahnsinns treiben kann.

Zur Verdeutlichung des Zusammenhangs von Migration und seelischer Gesundheit möchte ich nun den Blickwinkel wechseln (und damit auf ein für mich gewohnteres Gebiet kommen): die Situation von Migranten ist kurz skizziert worden: wie ist die Situation von psychisch Kranken in diesem Land? Um beides in Beziehung setzen zu können, ist die Haltung zu beidem zu klären.

Verlust von Identität und von sozialen Beziehungen ist nicht nur Merkmal von sozialer Entwurzelung im Sinn der Migration, sondern – mit erlaubter Verallgemeinerung – von fast allen seelischen Krisen und Krankheiten. Die Konsequenz für den Umgang mit psychisch Kranken ist nun nicht – wie man erwarten könnte – beides zu stabilisieren. Immer noch werden psychisch Kranke weitgehend isoliert, aus ihrer Umgebung herausgenommen, werden Verhalten und Situationen neuen Deutungen und Definitionen einer neuen (medizinischen) Sprache unterworfen, werden überhaupt Maßnahmen getroffen,

die in ihrer Gesamtheit die Identität nicht nur nicht stabilisieren, sondern weiter gefährden. Psychisch Kranke sind Ausländer im eigenen Land.

Weil sie den gängigen Maßstäben von Leistung und Selbstbehauptung nicht genügen, werden psychisch Kranke vom Arbeitsmarkt verdrängt. (Ausländern droht das gleiche, egal ob gesund oder krank.) Die Unterbringung von langfristig psychisch Kranken in Anstalten oder Heimen ist nach wie vor wenig identitätsfördernd, sondern weiter isolierend. (Manche Unterkunft für Gastarbeiter, und vor allem die Unterbringung von Asylanten, ist ähnlich entwürdigend.)

Der gesellschaftliche Umgang mit Ausländern und psychisch Kranken weist einige Parallelen auf: natürlich führen nicht alle Kränkungen zu Krankheiten, werden nicht alle Ausländer psychisch krank. Aber die Tendenz auszugrenzen, nach wirtschaftlichem Kalkül Menschen für unbrauchbar, für unerwünscht, für abnorm oder sogar für krank zu erklären, betrifft beide Gruppen.

Was heißt das nun für die Situation von psychisch kranken Migranten?

Sie landen eher im Landeskrankenhaus als in der Universitätsklinik, sie werden eher zwangseingewiesen. Ihre Störungen sind schwerwiegender. Ein Verstehen findet kaum statt und nicht nur wegen sprachlicher und kultureller Barrieren. Der jahrelange Gewöhnungsprozeß, bestimmte Personen nur als Arbeitskraft wahrzunehmen, ist nur schwer wieder rückgängig zu machen. Demzufolge verliert der sogenannte Gastarbeiter seine Daseinsberechtigung, wenn er nicht mehr arbeitet. Daß er überhaupt als Mensch Reaktionen zeigen könnte, wird gar nicht erst in Erwägung gezogen. Der Anspruch auf psychosoziale Hilfe stößt in dieser Situation auf Widerstand. Die hehren Regeln des Sozialstaates werden ebenso vergessen wie die Tatsache, daß da jemand sozialrechtliche Ansprüche erworben und für eine ihm adäquate Hilfe gearbeitet und gezahlt hat. Psychisch kranke Migranten sind im doppelten Sinne Ausländer und Fremde.

Dabei ist die Entwicklung von seelischen Störungen bei Migranten so fremdartig gar nicht, sondern verdeutlicht nur im Extrem gewissermaßen die Entwicklung von Kränkungen und Krankheiten überhaupt:

Die gesellschaftliche Randgruppensituation, die offene Diskriminierung, feindliche Handlungen werden nicht abgewehrt, sondern verinnerlicht. Die Abkapselung in Gruppen und die Isolation des einzelnen verstärken die Situation. – Die Entwicklung, insbesondere von schizophrenen Erkrankungen (bei Ausländern, die in die Psychiatrie kommen, nicht selten), kann aus diesem Blickwinkel fast als Widerspiegelung oder besser als Nicht-Verarbeitung der realen Situation angesehen werden. Ein Verfolgungswahn, z. B. mit dem Gefühl von bohrenden langen Messern im Rücken, ist dann lediglich die Verfremdung einer subjektiv sehr realen Situation.

Möglicherweise ist die Kultur seelischer Störungen viel internationaler als es die Lebensformen der verschiedenen Nationen vermuten lassen.

Oft wird gerade bei seelischen Störungen die Rückkehr in die Heimat als Therapie angeboten. Das mag im Einzelfall richtig sein. Wenn aber die Einweisung in die Psychiatrie der Ausweisung aus der BRD gleichkommt, liegt der Verdacht nahe, daß hier dem Abschieben und der Ausländerfeindlichkeit nur ein karitatives Mäntelchen umgehängt wird. Außerdem ist die Vision der »heilen« Heimat oft nur noch ein illusionärer Halt, der nach der Rückkehr zusammenbricht. Der langjährige Entfremdungsprozeß wird so erst recht deutlich. Als Fremder die Fremde zu überwinden mag noch gelingen, aber als Fremder in der eigenen Heimat zu scheitern, bedeutet den wohl schwersten Identitätsverlust.

Dieser Gedanke führt zum Problem der Migranten der zweiten und dritten Generation. Sie kennen nicht die Verwurzelung in der Herkunftsnation. Sie haben auch nicht in dem Maße die Illusion der heilen Welt und der Rückkehr dorthin. Sie stehen der Kultur und der Sprache des Aufnahmelandes näher, entfremden sich dabei aber unweigerlich von ihrer Familie, zumal wenn diese zur Selbsterhaltung die alten Traditionen pflegt. Diese jungen Menschen stellt die Rückkehr vor eine kaum vorstellbare innere Zerreißprobe. Deshalb muß die Ausweisung von hier geborenen und aufgewachsenen jungen Menschen – aus welchen Gründen auch immer (z. B. auch im Zusammenhang mit seelischen Erkrankungen) – als Verbannung bezeichnet werden.

Migration und die Gefahr seelischer Erkrankung in Beziehung zu setzen, ist nicht ohne Risiko. In einer Situation allzeit wacher gesellschaftlicher Vorurteile könnten sich beide Diskriminierungen ergänzen und so den Ausgrenzungsprozeß beschleunigen. Deshalb möchte ich nicht aufhören, ohne noch einen anderen Akzent zu setzen:

Schon angesprochen wurde die überaus schwierige Suche des Migranten nach einer neuen Identität, oder vorsichtiger formuliert, einer lebendigen Weiterentwicklung der alten Identität.

Ich frage mich, ob die schwierige Situation von Migranten, wie von Randgruppen überhaupt, nicht auch etwas mit der deutschen Identität zu tun hat:

- Geschichtlich betrachtet ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland, allein schon durch die Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg – ohne daß dies wirklich im öffentlichen Bewußtsein wäre,
- geschichtlich waren Deutsche aus allen gesellschaftlichen Kreisen vor nicht allzu langer Zeit politische Flüchtlinge und haben das Schicksal des Asyls kennengelernt, ohne daß unser Asylrecht etwa vorbildlich wäre, und es muß die Frage erlaubt sein, ob es ähnlich wie beim Umgang mit seelischen Krankheiten auch beim Umgang mit anderen Nationalitäten ein spezifisch deutsches Erbe und Trauma zu bewältigen gilt. Vielleicht könnte es dann gelingen, daß wir die Vielfältigkeit von Nationen im Einwanderungsland Bundesrepublik als Bereicherung und nicht als Belastung verstehen, als notwendige Relativierung der eigenen Lebensart. Statt nur im Urlaub die Exotik zu genießen, wäre es möglich, in Wilhelmsburg und Wanne-Eickel als Kosmopolit zu leben.

Vor allem müssen wir davon weg, Fremdheit wie Krankheit zu verbannen, nur Arbeitsfähigkeit und wirtschaftliche Nutzbarkeit als Aufenthaltskriterium zu akzeptieren, uns durch Fremdheit bedroht zu fühlen und umgekehrt, Menschen in seelischen Krisen zu Ausländern zu erklären.

